

Traum und Wirklichkeit

Was nicht sein darf, kann nicht sein

Gewaltverbrechen bieten der Nomenklatura immer wieder gerne genutzte Anlässe dafür, einst selbstverständliche Rechte der Bürger im Namen der Sicherheit abzuschaffen und die Freiheit weiter einzuschränken. Schnell ist die Gleichung aufgestellt: *keine Waffen = keine Gewaltopfer*. Wird diese noch mit dem emotionalen Apell unterfüttert „...und wenn mit einem allgemeinen Waffenverbot nur ein einziges Menschenleben zu retten wäre, wäre es das schon wert“, haben es diejenigen einigermaßen schwer, die für liberale Waffengesetze eintreten.

Nicht nur an dieser Stelle wurde schon viel über die Fehlerhaftigkeit der obigen Gleichung geschrieben. Gewaltkriminalität ist nämlich ein moralisches und kulturelles Problem, nicht aber eine Frage der legalen Verfügbarkeit bestimmter Tatmittel. Ist der Einsatz von Gewalt ein anerkanntes Mittel zur Durchsetzung von Interessen, spielt die Frage der dafür eingesetzten Werkzeuge eine absolut untergeordnete Rolle.

Das von der hiesigen Waffen-weg-Fraktion immer wieder gerne angeführte Beispiel Japans, wo ein weitgehendes Schusswaffenverbot für Private herrscht und tatsächlich sehr wenige Bluttaten verübt werden, ist daher wenig hilfreich, weil dort die Kriminalitätsrate insgesamt deutlich niedriger liegt, als in den USA oder in Europa. Auch mit Pfeil und Bogen oder mit scharfen Blankwaffen lässt sich bekanntlich jede Menge Blut vergießen. In Japan passiert das aber eben nur sehr selten.

Und wenn schon Ländervergleiche angestellt werden, ist es sehr bemerkenswert, dass stets auf die Schweiz „vergessen“ wird, wo Privatpersonen sich nicht nur Jagd- und Sportwaffen problemlos besorgen können, sondern zudem noch zehntausende vollautomatische Militärwaffen in Privathaushalten lagern - und dennoch keine bürgerkriegsähnlichen Zustände herrschen. Die Schusswaffenkriminalität in der von Waffen in Privathand starrenden Schweiz, liegt deutlich unter jener im weitgehend privatwaffenfreien Großbritannien. Wie gesagt – es handelt sich um eine Frage der Kultur, nicht um eine des herrschenden Waffengesetzes.

Dass sich die Sicherheitslage in Europa – besonders seit 2015 – dramatisch verschlechtert hat und ständig weiter verschlechtert, ist der beste Beweis: die Massenzuwanderung von Menschen aus vormodernen, gewaltaffinen Kulturen, in denen man nach wie vor daran gewöhnt ist, mittels des Einsatzes von Gewalt Faken zu schaffen, lässt gar nichts anderes erwarten, als eine Zunahme von Gewaltdelikten.

Dass in einer derartigen Situation der Staat all sein Sinnen und Trachten darauf richtet, rechtschaffenen Bürgern den Zugang zu Feuerwaffen zu erschweren oder ganz zu verunmöglichen, während er zugleich keinerlei erkennbare Anstrengungen unternimmt, ebenso (illegal) bewaffneten, wie schwerkriminellen Elementen (nicht wenige davon Einwanderer), entgegenzutreten, sollte auch überzeugten Etatisten zu denken geben.

Dass es nicht selten Angehörige von Opfern der Gewaltkriminalität sind, die für liberale Waffengesetze eintreten, wird von den Medien geflissentlich verschwiegen. Viele davon vertreten nämlich die Ansicht, dass die Opfer noch leben könnten, wenn sie über eine Möglichkeit zur wirksamen Notwehr verfügt hätten. Eine Überlegung, die einiges für sich hat. Man muss nicht gleich an einen religiös motivierten Mordexzess wie jenen im Pariser Bataclan, oder das jüngst in Las Vegas verübte Massaker (wo es zur Genugtuung der Linken allerdings hauptsächlich die „richtigen“, nämlich potentielle Trump-Wähler, getroffen hat), denken. Ein schlichter Raubüberfall oder ein bewaffneter Einbruch ins eigene Haus reicht aus, um die Grenzen hoheitlicher Sicherheitszusagen aufzuzeigen. Das staatliche Gewaltmonopol kann nicht überall zugleich wachen. Es ist immer dann *nicht* zur Stelle, wenn man mit kriminelle Gewalt konfrontiert wird. Dann ist sich jeder selbst der Nächste.

So lange aber eine Wählermehrheit den Staat für den allsorgenden Heilsbringer in Sicherheitsfragen hält, leben die Bürger gefährlich.

Dieser Beitrag ist zuerst in der Ausgabe 179 des Magazins „eigentümlich frei“ erschienen